



# Aktuelle Medienpolitik

Von Ruth Hieronymi MdL

## Stichwort:

### Rundfunkgebührenerhöhung

Die SPD will die Rundfunkgebühren automatisch erhöhen. Sie will sie an die allgemeinen Preissteigerungsraten koppeln und in regelmäßigen Abständen neu anheben. Gebührenerhöhungen per Automatismus und ohne parlamentarische Entscheidung wären die Folge.

Die CDU lehnt diesen Vorschlag der SPD ab. Die SPD will damit den öffentlich-rechtlichen Rundfunk der parlamentarischen Kontrolle entziehen. Die Forderung der SPD nach einer vorgezogenen Rundfunkgebührenerhöhung zum 1. Januar 1992 wird von der CDU nicht akzeptiert. Laut Rundfunkstaatsvertrag sollen die Gebühren nach den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit berechnet werden. Welche weiteren Kosten auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Zukunft zukommen, ist jedoch noch unklar.

Es ist zur Zeit noch nicht entschieden:

- wem der Deutschlandfunk und der Sender RIAS Berlin zugeordnet werden
- wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk in den neuen Bundesländern geordnet wird.

In den neuen Bundesländern wurden die Rundfunkgebühren gerade von 10,— DM auf 19,— DM erhöht. Eine weitere Anhebung ist aus sozialpolitischen Gründen zur Zeit nicht vertretbar. Somit ist eine vorgezogene Rundfunkgebührenerhöhung zum 1. Januar 1992 nicht ausreichend begründet.

## Stichwort:

### Zuweisung der fünften Hörfunkkette an den WDR

Bei der sogenannten fünften Hörfunkkette handelt es sich um die letzte offene erdgebundene (terrestrische) Übertragungskapazität in Nordrhein-Westfalen, mit der ein landesweites Hörfunkprogramm verbreitet werden kann.

Der WDR verfügt allein über die bisherigen vier landesweiten Hörfunkketten. Gegen die Vergabe auch der fünften Hörfunkkette hat die CDU vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster geklagt. Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, demzufolge die fünfte Kette erneut an den WDR vergeben werden soll. Der WDR sieht die fünfte Hörfunkkette jedoch nur als ersten Schritt, der durch eine sechste Hörfunkkette ergänzt werden soll.

Die CDU wendet sich gegen die Zuweisung der fünften Hörfunkkette an den WDR. Andere benötigen diese Frequenzen dringender. Hierfür kommen in Betracht:

- Deutschlandfunk: Dieser soll nach dem Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder zu einem deutschlandweiten Nachrichtensender ausgebaut werden und könnte weitere Frequenzen in NRW dringend gebrauchen.

- Lokale Hörfunksender: Hierfür kommen insbesondere die Lokalfunksender Bonn, Kleve, Soest, im Ennepe-Ruhr-Kreis und im Märkischen Kreis in Betracht, deren Versorgungsgrade unzu-

reichend sind. Eine solche Verteilung würde zur Lebensfähigkeit des lokalen Rundfunks beitragen.

Eine im Rahmen der Beratung des Gesetzentwurfs von der CDU beantragte Sachverständigenanhörung am 2. Mai 1991 hat die Position der CDU bestätigt. In einer weiterzuführenden intensiven Fachdiskussion wird sich die CDU massiv dafür einsetzen, daß die zur Beratung stehende einseitige Entscheidung zugunsten des WDR verhindert wird.

**Stichwort:**

**Neuordnung der Rundfunklandschaft in den neuen Bundesländern**

Bis zum 31. Dezember, 1991 sollen die neuen Bundesländer ihre Rundfunk- und Fernsehlandschaft neu ordnen.

Die Ministerpräsidenten der Länder Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen haben sich bereits auf einen gemeinsamen „Mitteldeutschen Rundfunk“ mit Standort Leipzig geeinigt.

Die Lage im Norden der neuen Bundesländer ist noch nicht abschließend entschieden. Die SPD in NRW und Brandenburg fordert eine eigenständige Landesrundfunkanstalt Brandenburg.

Die CDU spricht sich für zwei Mehr-Länderanstalten in den neuen Bundesländern aus. Nur diese Lösung ist finanzierbar.

Nach einer Untersuchung der Abteilung Entwicklung und Unternehmensplanung des WDR kann eine selbständige Landesrundfunkanstalt Brandenburg nicht aus eigener Finanzkraft existieren. Sie wäre nur mit einem direkten und indirekten Finanzausgleich überlebensfähig.

**Fazit:** Die SPD will mit der eigenständigen Landesrundfunkanstalt Brandenburg aus parteipolitischen Gründen die teurere Lösung.

**Stichwort:**

**Neuordnung der Bundesrundfunkanstalten**

Durch den Beitritt der neuen Bundesländer sind von der Neuordnung der Bundesrundfunkanstalt betroffen:

- Deutschlandfunk und RIAS-Hörfunk.
- Deutsche Welle.

Die CDU will sowohl den Deutschlandfunk als auch den RIAS-Hörfunk als selbständige öffentlich-rechtliche Sender erhalten. Hierbei ist eine Zuordnung des Deutschlandfunks als „Hörfunk-Standbein“ des ZDF gegenüber einer Zuordnung zur ARD eindeutig vorzuziehen. Struktur und Auftrag des ZDF-Fernsehens entsprechen am ehesten einem vergleichbaren Auftrag für den Hörfunk.

Der Deutschlandfunk sollte als nationaler Hörfunksender in Zukunft Deutschland als Ganzem verpflichtet sein (im Gegensatz zu den regionalen ARD-Sendern).

Auch der RIAS-Hörfunk sollte künftig dem ZDF zugeordnet sein und in dem dort neu zu schaffenden Hörfunkbereich integriert werden.

**„Europa-Foren der Europakonferenz des Ruhrgebiets“:**

27. Mai 1991, 18 Uhr, in Mülheim, Diskothek „Indigo“  
Dr. Angela Merkel MdB, Ministerin für Frauen und Jugend:

**„Europäischer Binnenmarkt '91 – Chancen und Risiken für die Jugend im Ruhrgebiet“**

# Schutz des ungeborenen Kindes

**Brief des Generalsekretärs der CDU NRW, Herbert Reul, an den  
Generalsekretär der CDU Deutschland, Volker Rühle**

Düsseldorf, den 13. Mai 1991

Sehr geehrter Herr Rühle,

der Meinungsbildungsprozeß der Parteien und Bundestagsfraktionen zur Novellierung des § 218 StGB ist in vollem Gange.

Während SPD und FDP bereits Gesetzentwürfe entwickelt haben und eine Verständigung zwischen ihnen auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf nicht ausgeschlossen ist, tut sich die Union schwer damit, eine gemeinsame Lösung in einer Frage zu finden, die ihre Identität zutiefst berührt.

Dies darf uns nicht ruhen lassen. Bei allem ernsthaften Ringen um die richtigen Lösungen und bei allem Engagement muß gelten: Wir müssen im Interesse des Schutzes des ungeborenen Kindes eine gemeinsame Alternative zu den Positionen der anderen Parteien finden. Wir müssen in dieser Schicksalsstunde unseres Landes die Kraft aufbringen, uns auf unsere Gemeinsamkeiten zu besinnen.

Wir können in der Frage des Schutzes des ungeborenen Kindes auf eine große Tradition zurückblicken. Wir haben mit Kompetenz, Engagement und Sachlichkeit um Lösungswege in dieser schwierigen Frage gerungen. Die Bundespartei, die Landesverbände und die Vereinigungen haben sich durch Aktionen, Initiativen und Verlautbarungen immer besonders für den Schutz des ungeborenen Kindes eingesetzt. Unsere Politik hat immer den Zusammenhang von Lebensschutz und einer wirksamen und umfassenden Familien- und Sozialpolitik berücksichtigt. Wo andere Parteien nur Worte boten, schritten wir zur Tat. Erziehungsgeld, die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht und die Beschäftigungsgarantie sind Meilensteine auf dem Weg zu einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft.

Bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den richtigen Weg zu einem wirksamen Schutz des ungeborenen Lebens scheinen wir in diesen Wochen und Monaten das Bewußtsein für unsere Gemeinsamkeiten zu verlieren.

Im Streit um Einzelregelungen übersehen wir das einigende Band, das allen unseren Vorschlägen gemeinsam ist und uns grundlegend von den anderen Parteien unterscheidet, nämlich die Überzeugung,

- daß das menschliche Leben ein Geschenk Gottes ist, das wir dankbar annehmen, schützen und mit all unseren Kräften fördern wollen,
- daß das ungeborene Kind menschliches Leben von Anfang an ist,
- daß Schwangerschaftsabbruch Tötung ist,
- daß jeder, auch das ungeborene Kind, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit hat, und daß wir diese Rechte durch soziale und rechtliche Maßnahmen gewährleisten müssen,
- daß wir alles tun müssen, um es Frauen und Familien zu ermöglichen, Leben anzunehmen.

Schnelles Handeln ist geboten. Ich bin überzeugt, daß uns eine Verständigung gelingen wird, wenn wir uns auf unsere gemeinsamen Grundlagen besinnen. Führungs- und Zukunftsfähigkeit unserer Partei sind ohne die Besinnung auf die gemeinsamen Grundlagen nicht möglich.

Wir sind näher beieinander als in der Öffentlichkeit deutlich wird. Im Namen der CDU Nordrhein-Westfalen bitte ich Sie herzlichst, in den Beratungen der Partei- und Parlamentsgremien der nächsten Tage und Wochen Ihren ganzen Einfluß geltend zu machen und eine gemeinsame Lösung durchzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul MdL



# Unsere Staatssekretäre in Bonn

Die CDU Nordrhein-Westfalen stellt neben Bundesarbeitsminister Blüm 8 Parlamentarische Staatssekretäre in der Bundesregierung. Wir wollen in den UID-Landeseiten die Staatssekretäre aus Nordrhein-Westfalen in einer Interview-Serie vorstellen — auch deshalb, weil vier von ihnen dieses Amt zum ersten Mal übernommen haben. Wir haben nach den Aufgaben und Schwerpunkten ihrer Arbeit in den kommenden vier Jahren gefragt und nach den Möglichkeiten, wie die Interessen Nordrhein-Westfalens auf Bundesebene berücksichtigt werden können. In dieser Ausgabe veröffentlichen wir Interviews mit Willy Wimmer und Dr. Reinhard Göhner:

## Willy Wimmer MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung

*Wo liegen die Schwerpunkte Ihrer Arbeit in der laufenden Legislaturperiode?*

**Wimmer:** Die größte Herausforderung besteht darin, die Bundeswehr von gegenwärtig über 500 000 auf 370 000 Soldaten zu reduzieren.

*An welchen Zielsetzungen orientieren Sie sich bei der Umsetzung dieser Aufgabe?*

**Wimmer:** Die Bundeswehr muß so umstrukturiert werden, daß dies der neuen Lage in Europa, aber auch den neuen Herausforderungen im internationalen Bereich entspricht.

*Wie verändert sich Ihre Aufgabenstellung durch die neuen Bundesländer?*

**Wimmer:** Es geht in erster Linie um eine angemessene Repräsentanz von Soldaten der neuen Bundesländer in den gesamtdeutschen Streitkräften — nicht nur quantitativ, sondern auch auf den hohen Verantwortungsebenen.

*Welche Folgen hat die Verkleinerung der Bundeswehr für Nordrhein-Westfalen?*

**Wimmer:** Die Reduzierung der Bundeswehr wird dazu führen, daß Bundeswehrstandorte aufgelöst werden bzw. daß das

militärische Personal an dem einen oder anderen Standort reduziert werden muß.

*Welche Möglichkeiten sehen Sie bei der Umsetzung nordrhein-westfälischer Interessen auf Bundesebene?*

**Wimmer:** Das Verteidigungsministerium ist bemüht, in diesem Zusammenhang regionalen Interessen entgegenzukommen, insbesondere aber auf strukturschwache Regionen Rücksicht zu nehmen.

*Was ist für eine erfolgreiche Lösung dieser Probleme notwendig?*

**Wimmer:** Unsere Arbeit, die in den kommenden Jahren von erheblichen Strukturveränderungen geprägt sein wird, kann nur zu einem gedeihlichen Ende geführt werden, wenn auch nordrhein-westfälische Interessen angemessen berücksichtigt werden.

## Dr. Reinhard Göhner MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

*Herr Dr. Göhner, welchen Akzent setzen Sie bei Ihrer Arbeit als Staatssekretär in Bonn?*

**Dr. Göhner:** Der Schwerpunkt meiner Arbeit in den kommenden Jahren wird der Aufbau des Rechtsstaates in den neuen Ländern sein. Gerade die Seh-



sucht nach dem Recht war für die Menschen in der ehemaligen DDR eine große Triebkraft für die friedliche Revolution. Die Menschen hoffen nun auf den Rechtsstaat, und diese Hoffnung müssen wir einlösen.

*Wie ist dies konkret machbar?*

**Dr. Göhner:** In erster Linie gilt es, in den neuen Bundesländern eine neue funktionsfähige Justiz aufzubauen, die die anderen Gewalten im Staat kontrolliert und dafür Sorge trägt, daß bislang rechtlos gestellte Bürger wieder zu ihrem Recht kommen.

*Wie stehen Sie zur Forderung nach Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht?*

**Dr. Göhner:** Sie muß geleistet werden. Dazu gehört, den widerrechtlich Enteigneten — soweit als möglich — ihr Eigentum zurückzugeben oder ihnen anderenfalls einen angemessenen Ausgleich zu gewähren. Wiedergutmachung heißt aber auch strafrechtliche, berufliche und finanzielle Rehabilitierung für politisch Verfolgte.

*In Ihrem Verantwortungsbereich fällt auch die Frage nach der Neufassung des § 218 StGB. Welchen Weg sehen Sie für eine zukünftig tragfähige Lösung?*

**Dr. Göhner:** Die im Einigungsvertrag vorgesehene Reform des Abtreibungsstrafrechts ist für mich eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Dieses Problem sollte m. E. nicht isoliert unter strafrechtlichen Aspekten gesehen werden. Für mich ist auch wichtig, wie wir die Rahmenbedingungen verbessern können, damit die sich in einer Konfliktlage sehenden Frauen wieder Mut fassen, das werdende Leben auszutragen.

*Sehen Sie im Bereich des Strafrechts wichtigen Nachholbedarf?*

**Dr. Göhner:** Ja, angesichts der zunehmenden

den Bedrohung unserer Gesellschaft durch das organisierte Verbrechen. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung wird die Bundesregierung in Kürze Vorschläge zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität vorlegen.

*Sie haben in der Vergangenheit entscheidend die Umweltpolitik in Bund und Land mit formuliert. Welche aktuellen Gestaltungsspielräume sehen Sie in diesem Bereich?*

**Dr. Göhner:** Nicht zuletzt aufgrund meiner früheren Tätigkeit als Vorsitzender des Umweltausschusses im Bundestag beabsichtige ich, die Entwicklung des Umweltrechts intensiv zu begleiten. Das Bundesjustizministerium ist federführend bei der Neufassung des Umweltstrafrechts. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist bereits von der Bundesregierung im Februar beschlossen und im Bundestag eingebracht worden. Auch die weitere Ausformung des Umwelthaftungsrechts obliegt federführend dem Bundesjustizministerium. ■

## **RCDS in NRW**

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten an unseren Hochschulen hat wieder guten Zulauf. Die örtlichen Parteien sollten den Kontakt zu den einzelnen RCDS-Gruppen ausbauen. Wir müssen in Zukunft dringend mehr junge Mitbürger für unsere gemeinsame Sache gewinnen als bisher.

Landesvorsitzender: **Axel Brunken**,  
Ferdinandstraße 17  
4800 Bielefeld 14, Tel. (05 21) 45 02 82  
stellv. Landesvorsitzender: **Arnd Uhle**,  
Kantering 23, 5330 Königswinter 41,  
Tel. (0 22 23) 2 11 79

Landesschatzmeister: **Harald Lohse**,  
Goldsfelsstraße 36  
5000 Köln 41, Tel. (0 21) 43 33 11

# Für ein kinderfreundliches Nordrhein-Westfalen

**Die Familie hat den Erziehungs- und Bildungsauftrag für unsere Kinder. Nach jahrelangen Diskussionen ist dieser Auftrag nicht mehr umstritten. Wir, die CDU, wollen die Familie bei ihrem Auftrag mit allen Kräften unterstützen.**

Das Leben in den Familien wird von tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen geprägt. Das Erscheinungsbild der Familie hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Neue Familienkonstellationen sind vorhanden. Ein anderes Rollenverständnis der Aufgaben von Mann und Frau hat sich entwickelt. Daraus ergeben sich auch für die Kinder und deren Lebenswirklichkeit wichtige Veränderungen.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz des Bundes hat eine hervorragende Grundlage dafür gelegt, daß die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen gefördert wird.

Nordrhein-Westfalen aber ist noch weit davon entfernt, ein kinderfreundliches Land zu sein. Die Defizite der SPD-Landesregierung bedürfen dringend der Aufarbeitung. Die Landespolitik hat bisher unzureichend auf die gesellschaftliche Entwicklung reagiert.

**Deshalb: Gegen die lieblose Politik der SPD-Landesregierung. Die SPD behandelt unsere Kinder lieblos. Sie bürdet unseren Familien immer neue Belastungen auf, anstatt sie zu unterstützen. Damit betreibt sie eine Umverteilung zu Lasten der Schwachen in unserer Gesellschaft.**

■ Den Eltern der 0- bis 3jährigen Kinder verweigert die Landesregierung noch immer ein Landeserziehungsgeld. Die rund 1 Million alleinerziehenden Mütter und Väter in unserem Land trifft das besonders hart. 150 000 unserer Kleinen bekommen keinen Kindergartenplatz.

■ Die Angebote für Kinder in den übrigen Betreuungseinrichtungen sind bei weitem nicht ausreichend. In den Schulen läßt die Landesregierung immer noch 300 000 Unterrichtsstunden pro Woche ausfallen.

■ Der Entwurf für das neue Kindertageeinrichtungsgesetz verschiebt die Belastungen lediglich vom Land auf die Eltern und Kommunen. Er bietet keine sinnvollen Perspektiven dafür an, wie der Mißstand bei den Kinderbetreuungseinrichtungen in unserem Land vernünftig beseitigt werden kann.

So befürchten die Elterninitiativen inzwischen, daß insgesamt 20 000 Kindergartenplätze durch das neue Gesetz in NRW gefährdet sind.

**Die CDU will deshalb ein kinder- und familienfreundliches Nordrhein-Westfalen:**

1. Wir wollen ein Landeserziehungsgeld für die unter dreijährigen Kinder in Nordrhein-Westfalen.
2. Wir wollen mehr Angebote für die Betreuung der Kinder, insbesondere mehr Kindergartenplätze.
3. Wir wollen die Kinder besser vor Umweltgefahren schützen, besonders auf den Spielplätzen, in den Kinderbetreuungseinrichtungen und in den Schulen.



# Reul wirft Matthiesen „beispiellose Sittenverwilderung“ vor

**Der nordrhein-westfälische CDU-Generalsekretär, Herbert Reul, hat Umweltminister Matthiesen (SPD) eine „beispiellose Sittenverwilderung“ vorgeworfen.**

„Umweltminister Matthiesen sperrt bewußt die nordrhein-westfälische Öffentlichkeit und die Mehrheit im nordrhein-westfälischen Landtag von der Beratung über die Sonderabfallentsorgungsanlagen im Land aus. Anstatt, wie es dringend geboten ist, in aller Öffentlichkeit das neue „Rahmenkonzept zur Planung von Sonderabfallentsorgungsanlagen“ mit den Bürgern und den im Landtag vertretenen Parteien zu diskutieren, läßt Matthiesen SPD-Politiker aus dem Ruhrgebiet zu einer Geheimkonferenz nach Düsseldorf ein, um ihnen vorab und an der Öffentlichkeit vorbei den Planungsstand bei den Sonderabfallentsorgungsanlagen mitzuteilen. Wir fragen uns: sollten etwa nach bewährtem Strickmuster Kungelgeschäfte zu Lasten der anderen Landesregionen getätigt werden?“

Anlaß für den heftigen Protest des CDU-Generalsekretärs ist eine bislang geheimge-

haltene Konferenz der SPD-Oberbürgermeister, -Landräte, -Fraktionsvorsitzenden, -Landtagsabgeordneten und -Unterbezirksvorsitzenden aus dem Ruhrgebiet am Montag, dem 13. Mai 1991 im Düsseldorfer Innenministerium, zu der Umweltminister Matthiesen mit Schreiben vom 12. April 1991 eingeladen hatte.

Da es nach den Worten von Reul bei der Frage des „Rahmenkonzepts zur Planung von Sonderabfallentsorgungsanlagen“ u. a. um die Errichtung von Müllverbrennungsanlagen geht, die in der Bevölkerung z. T. erheblich umstritten sind, „verbieten sich Kungelgeschäfte unter Genossen wie sie Matthiesen offensichtlich anstrebt“.

Reul wörtlich: „Nach knapp 25 Jahren SPD-Regierung in Nordrhein-Westfalen haben führende Repräsentanten dieser Partei offenbar jedes Fingerspitzengefühl dafür verloren, was parlamentarisch geboten ist. Matthiesen verwechselt Parteiinteresse und Staatsinteresse! Über wichtige Zukunftsfragen des Landes kann man nicht im trauten Hinterstübchenkreis von Ruhrgebietsgenossen entscheiden.“

4. Wir wollen Kinder und Familien, die sozial benachteiligt sind, verstärkt fördern.
5. Wir wollen die alleinerziehenden Mütter und Väter stärker in ihrer schwierigen Situation entlasten und unterstützen.
6. Wir wollen dafür sorgen, daß behinderte Kinder stärker als bisher in die Kinderbetreuungseinrichtungen integriert werden.
7. Wir wollen die Kinder für eine gesunde Ernährung motivieren und in

- den Tagesstätten und Schulen für entsprechende Angebote sorgen.
8. Wir wollen die Verkehrserziehung der Kinder verbessern und Schulwegsicherung und Verkehrsberuhigung in Wohngebieten verstärkt fördern.
9. Wir wollen mehr bezahlbare Wohnungen für Familien und ein kinderfreundliches Wohnumfeld.
10. Wir wollen auch das ungeborene Leben besser schützen und eine kinderfreundliche Gesellschaft schaffen.

## Termine

31. 5.— 1. 6. 1991	18.00 Uhr	Fachtagung „Zoff im Stadion“ Auskünfte: Frau Kostelnik, Tel. (02 11) 1 36 00-55	Dortmund
7. 6. 1991	18.00 Uhr	CDA: Demonstration für Pflegeversicherung mit Ulf Fink und Norbert Blüm, Stadthalle Auskünfte: Herr Lindemann/Frau Reitz, Tel. (02 11) 1 36 00-56	Bonn-Bad Godesberg
8. 6. 1991		Kreisparteitag Warendorf	
15. 6. 1991		Kreisparteitag Düren	
15. 6. 1991		Kreisparteitag Wesel	
17. 6. 1991		Kreisparteitag Bonn	
17. 6. 1991		Kreisparteitag Düsseldorf	
18. 6. 1991		Kreisparteitag Münster	
20. 6. 1991	19.00 Uhr	Presstreffen der CDU NRW Wasserstraße 5 (Garten)	Düsseldorf
21. 6. 1991	18.00 Uhr	JU NRW: „Talk am Godesberg“, Pantomime, Kabarett, Musik und Politik mit Dr. Norbert Blüm, Herbert Reul, Karl-Arnold-Bildungsstätte	Bonn-Bad Godesberg
22. 6. 1991		Kreisparteitag Rheinisch-Bergischer Kreis	
22. 6. 1991		Kreisparteitag Bochum	
22. 6. 1991		Kreisparteitag Duisburg	
22. 6. 1991		Kreisparteitag Ennepe-Ruhr-Kreis	
13. 7. 1991	9.45 Uhr	JU NRW: Fachtagung „Schutz des Lebens“	Münster
27. 6. 1991		Kreisparteitag Remscheid	
27. 6. 1991		Kreisparteitag Soest	
29. 6. 1991		Kreisparteitag Dortmund	
5. 7. 1991		Kreisparteitag Erftkreis	
14./15. 9. 1991,	10.00 Uhr	11. NRW-Tag der JU	Gütersloh
20./21. 9. 1991,	16.00 Uhr	MIT NRW: Landestagung Auskünfte: Frau Zwarg/Herr Fenske, Tel. (02 11) 1 36 00-48	Gelsenkirchen